

LandFrauen fordern: Krankenhäuser jetzt stabilisieren, um die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum zu sichern

„In großer Sorge wenden sich Mitglieder an den LandFrauenverband wegen weiterer Qualitätseinbußen in der flächendeckenden Gesundheitsversorgung. Dabei geht es sowohl um Jüngere als auch um Ältere“, so Präsidentin Marie-Luise Linckh, LandFrauenverband Württemberg-Baden. Das Eckpunktepapier zur geplanten Krankenhausreform, auf das sich Bund und Länder am 10. Juli 2023 einigten, soll weitere Krankenhausschließungen vermeiden und eine flächendeckende qualitativ hochwertige Versorgung auch im ländlichen Raum sicherstellen. Verantwortliche der Krankenhäuser sehen dies anders, denn weitere Krankenhausschließungen drohen. Im weiteren Gesetzgebungsprozess gilt es daher die Punkte zu berücksichtigen, die sich bereits jetzt als Verschlechterung herauskristalisieren.

Die Finanzierung der Krankenhäuser soll reformiert werden. 60 Prozent der Gelder sollen künftig über sogenannte Vorhaltepauschalen abgedeckt werden. Krankenhäuser erhalten dafür Geld, dass sie bestimmte Leistungen zu überprüfbarer Qualität vorhalten. Die Einnahmen der Krankenhäuser sollen dadurch weniger stark von der Zahl der Patientinnen und Patienten abhängen und der ökonomische Druck soll sinken. Diese teilweise Abkehr vom System der Fallpauschalen soll der Sicherung der Finanzierbarkeit der Kliniken dienen. Experten gehen jedoch davon aus, dass die Finanzreform vor 2027 nicht wirksam werden kann, so dass besonders Allgemeinkliniken im ländlichen Raum darunter leiden werden und von der Insolvenz bedroht sind.

In Deutschland gibt es rund 1.700 Krankenhäuser. Die Inflation sorgt für massive Kostenerhöhungen. Gut ein Fünftel ist daher von der Insolvenz bedroht. In Baden-Württemberg liegt der Anteil der insolvenzgefährdeten Kliniken mit 29 Prozent besonders hoch.

Damit es nicht zu einer weiteren Verschlechterung der flächendeckenden klinischen Versorgung kommt, fordert der LandFrauenverband Württemberg-Baden e.V.:

Eine angemessene Refinanzierung der inflationsbedingten Kostensteigerung. Aktuelle Finanzlücken müssen zeitnah durch den Bund geschlossen werden. Städte und Kreise können nicht mehr die Defizite ausgleichen. Die wohnortnahe klinische Erstversorgung im Notfall im ländlichen Raum muss gewährleistet sein und insolvenzgefährdete Kliniken müssen finanziell stabilisiert werden.

Die landesweite Infektionswelle im Winter 2022 zeigte die große Abhängigkeit von asiatischen Medikamentenproduzenten auf. Fieber- und Hustensäfte für Kinder waren Mangelware und auch bei Krebsmedikamenten sowie Antibiotika gab es Engpässe bei der Lieferung. Diese Erfahrungen haben gezeigt, dass Versorgungssicherheit und stabile Lieferketten wichtig sind.

Das neue Gesetz will Lieferengpässe bekämpfen, indem wichtige Medikamente als Vorrat zur Verfügung stehen. Die Preisregelung soll gelockert werden, so dass Hersteller die Möglichkeit haben, mehr Geld für Medikamente zu verlangen. Deutschland soll so als Absatzmarkt für Arzneimittel attraktiver werden. Bei wiederholten Engpässen soll ein Ausweichen auf wirkstoffgleiche Mittel erleichtert werden.

Diese Punkte werden jedoch das Problem der Arzneimittelversorgung längerfristig nicht lösen. Für die Herstellung der patentfreien Medikamente fehlt es an Produktionskapazitäten und für die Lagerhaltung der Medikamente, die für sechs Monate ausreichen sollen, werden weitere Mehrkosten entstehen. Der verschärfte Kostendruck wird zu weiteren Ausstiegen aus der Produktion führen.

Damit die Arzneimittelversorgung langfristig gesichert ist, fordert der LandFrauenverband Württemberg-Baden e.V. die Unterstützung der in Deutschland ansässigen Pharmaindustrie:

Das Produzieren von Arzneimitteln in Deutschland muss wieder attraktiver und wirtschaftlicher werden. Für versorgungskritische Arzneimittel müssen über einen längeren Zeitraum höhere Preise gewährt werden, um Anreize für eine veränderte Produktionsplanung zu schaffen. Die Produktion kritischer Generika in Europa und Deutschland sollte mit staatlicher Förderung gehalten werden.

Eine wohnortnahe, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung definiert sich nicht nur durch ausreichend vorhandene Krankenhäuser. Genügend Hausärzte und gut erreichbare Fachärzte gehören ebenfalls dazu. Vielerorts herrscht bereits aufgrund der unbeantworteten Nachfolgefrage ein Mangel an Hausärzten und dort, wo es noch Hausärzte gibt, gibt es einen Aufnahmestopp für Patienten. Für junge Familien ist die Not insbesondere durch fehlende Kinderärzte gegeben. Ein „unkontrolliertes Krankenhaussterben“ wird die Gesundheitsversorgung auf dem Land um ein weiteres verschärfen. Schließungen von Geburtsstationen werden dazu führen, dass Frauen zur Geburt weite Strecken in Kauf nehmen müssen. Zukunftsfähige Lösungen für die ambulante Gesundheitsversorgung müssen entwickelt werden.

Der LandFrauenverband Württemberg-Baden fordert für die Planungssicherheit einen organisierten Prozess in den einzelnen Raumschaften. Es muss eine gezielte Strukturänderung anhand der Bedürfnisse der Menschen in der Region geben. Alle in diesem Prozess verantwortlichen Politiker auf Landes- und Bundesebene, Kassenärztliche Vereinigungen und Krankenkassen sind gefordert, zeitnahe Lösungen zu erarbeiten, um die Gesundheitsversorgung in der Grundversicherung für alle Menschen langfristig flächendeckend zu sichern.

Stuttgart 27. Juli 2023